bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 14 | 07. Juli 2006

Rechte Szene 2

„Raubtierkapitalismus“
Auch die NPD fordert einen Mindestlohn – hinter den 8,80 Euro steckt allerdings keine soziale Analyse, sondern rechtsextreme Symbolik.

Nationale Saubermänner
Die NPD-Kandidaten in der mecklenburg-vorpommerschen Provinz sind gesellschaftlich verankert und gerieren sich als biedere Bürger.

Aus für Neonazi-Truppe
Der „Schutzbund Deutschland“ wurde verboten.

Neue Strukturen
Die Jungen Nationaldemokraten in NRW starten Wiederbelebungsversuche.

Unerwünschter „Stützpunkt“
Dem Vorhaben der Jungen Nationaldemokraten sich in Oberbayern auszubreiten, setzt die Bevölkerung deutlichen Widerstand entgegen.

Konspiratives Happening
Gesinnungskameraden aus dem Ausland und szenebekannte Musiker werden auf dem Pressefest des Deutsche Stimme-Verlags erwartet.

Verfassungsschutz 8

Vernetzte Kameradschaften
Personeller Zuwachs für die Parteien und die „Freien“ in Brandenburg.

„Kein Aushängeschild“
In Sachsen-Anhalt hat sowohl die Zahl als auch die Brutalität der rechtsextremen Gewalttaten zugenommen.

Seitenblick 10

„Deutsche Kunstausstellung“
NS-Künstler bei der Burschenschaft Danubia.

Rezension 10

Den Boden bereitet

Demokratische Initiativen 11

Ballarbeit
Mit einer Dokumentation rechter Vorfälle während der WM und einer Ausstellung setzen antirassistische Fußballinitiativen Akzente.

Meldungen 12

Rechte Szene

„Raubtierkapitalismus“

Auch die NPD fordert einen Mindestlohn – hinter den 8,80 Euro steckt allerdings keine soziale Analyse, sondern rechtsextreme Symbolik.

Die Gewerkschaften Nahrung, Genuss, Gaststätten oder ver.di wollen ihn, der DGB steht nach seinem Bundeskongress Ende Mai dahinter, Bündnis 90/Die Grünen machten dafür im Bundestag mit einem eigenen Gesetzesantrag mobil, für die Linkspartei ist es ein Muss und auch die mit letzterer verbundene WASG spricht sich dafür aus: Der Mindestlohn. Mit einigen Wochen Verspätung ist jetzt auch die NPD auf das soziale Thema gekommen. Das sollte allerdings nicht wirklich verwundern, hatte die Partei sich doch auch bei den Demonstrationen gegen Hartz IV – und hier speziell in Ostdeutschland – beteiligt.

Bezüglich Mindestlohn wird ähnlich, zum Teil deckungsgleich argumentiert, lediglich in der geforderten Höhe unterscheidet man sich. Die Nationaldemokraten legen die Mindestmarke bei 8,80 Euro an, und liegen damit über den Gewerkschaften (7,50 Euro) und den beiden Linksparteien (8 Euro). Ideologisch steckt wie bei vielen rechtsextremen Zahlenwerken Symbolik dahinter und nicht etwa soziale Analysen. Zweimal der achte Buchstabe des Alphabets bedeutet bekanntlich die Huldigung Adolf Hitlers (Heil Hitler).

„Arbeit darf nicht arm machen“

Die NPD-Landtagsfraktion in Dresden hat jetzt ein Faltblatt zum Thema präsentiert. Außerdem trug sie die Debatte dazu gekoppelt mit einem Antrag ins sächsische Landesparlament. Für die Rechtsextremen sprachen zu dem Vorstoß „Bundesratsinitiative für die Einführung eines allgemeinen branchenunabhängigen Mindestlohnes“ der NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel und der Parlamentarier Alexander Delle.

Im gewerkschaftlichen Original heißt es: „Die Initiative Mindestlohn ist der Überzeugung, dass Arbeit nicht arm machen darf.“ Bei der NPD wird dies zum Slogan „Arbeit darf nicht arm machen“ herunter gebrochen. Und auch vor Instrumentalisierungen macht die NPD nicht Halt. Delle nimmt in seiner Argumentation eine Anleihe beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung, das bekanntlich den Gewerkschaften nahe steht und die ver.di-Mindestlohnkampagne wissenschaftlich begleitet.

Wie gewerkschaftsfreundlich die NPD ansonsten ist, erlebte man zuletzt im größeren Stil bei der 1.-Mai-Kundgebung der Partei in Rostock, als der DGB als „Arbeiterverräter“ beleidigt wurde. Einer der Redner in Rostock war übrigens Holger Apfel.

Letzterer formuliert im NPD-Flugblatt, dass Mindestlöhne auch die Kaufkraft ankurbeln würden. Fast wortwörtlich hatte dies bereits Axel Troost von der Bundestagsfraktion Die Linke formuliert. Und mit den in diesem Zusammenhang benutzten Schlagworten Raubtierkapitalismus, Niedriglohnsektor, Lohndumping verhält es sich genauso. Ebenfalls übernommen hat die NPD eine beschriebene Sonderregelung für kleinere Unternehmen. Bei Apfel und Co. heißt es: „Die Gewinne der kleinen und mittleren Unternehmen sinken, weshalb viele Unternehmen derzeit nicht in der Lage sind, einen gesetzlichen Mindestlohn (…) zu zahlen. Daher muss es Übergangslösungen geben. Die NPD-Fraktion setzt sich für einen befristeten staatlichen Lohnkostenzuschuss in den mittelständischen Niedriglohnbereichen (…) ein.“ Die Fraktion der Linken hatte dazu schon im Frühjahr formuliert: „Bei Einführung des Mindestlohns sind Übergangsfristen geplant. Die Lohnkosten kleinerer und mittlerer Unternehmen werden subventioniert.“ Und auch eine Gemeinsamkeit der NPD mit den Grünen gibt es: Man plädiert für die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes.

Führt man sich allerdings die weiteren NPD-Statements und –Forderungen zu Gemüte, dann wird wieder deutlich, welch braunes Gedankengut dahinter steckt. So wird gleich mehrfach nationalistisch argumentiert. Entsprechend lauten die NPD-Parolen: Grenzen dicht für Lohndrücker, Schutzzölle auf eingeführte ausländische Waren und Fremdarbeiterabgabe für Arbeitgeber ausländischer Arbeitnehmer in Deutschland.

Horst Freires

Nationale Saubermänner

Die NPD-Kandidaten in der mecklenburg-vorpommerschen Provinz sind gesellschaftlich verankert und gerieren sich als biedere Bürger.

Auf dem Hof weht die iranische Fahne. Die Fahnenstange steckt in den Vordersitzen eines ausrangierten VW-Kübelwagens. Im Hintergrund spielen Kinder: Amholz, ein kleines Dorf im Landkreis Ludwigslust. Hier leben die NPDler Thomas „Steiner" Wulff und Michael Grewe mit ihren Familien. „Die Fahnen haben wir containerweise direkt aus dem Iran bekommen", erzählt Grewe. Für wenig Geld haben die Neonazis das riesige alte Gutshaus im hanseatischen Backsteinstil vor Jahren erworben. Wulff ist zur Zeit in der Parteizentrale in Berlin. Das Gemeinderatsmitglied Grewe sitzt als Nachfolger von Klaus Bärthel im Kreistag von Ludwigslust. Bei der Landtagswahl im Herbst kandidieren Wulff und Grewe direkt in Schweriner Wahlbezirken.

Die langjährigen Neonazi-Aktivisten, denen ein Hang zu Gewalt, Waffen und Militär nachgesagt wurde, machten um die Jahrtausendwende den Anfang mit einer bundesweiten Siedlungsbewegung in Richtung Länderdreieck Mecklenburg, Niedersachsen, Hamburg. Im Interview sagte Wulff: „Wenn wir die Möglichkeit haben, zusammen in eine Region zu ziehen, dann versucht man das natürlich auch (...) Dort wo wir leben, wirken wir zunehmend in die Bevölkerung hinein." In der Region siedelten unter anderem Jürgen Witt von der damaligen Kameradschaft Sauerländer Aktionsfront, Dirk Sokol und Klaus Bärthel aus dem Umfeld der „Zentralorgan"-Herausgeber und Philip Steinbeck, der mittlerweile drei Schlösser besitzt. Zeitweilig lebte auch der Betreiber des Neuland-Versandes Markus Privenau dort. Militante Neonazis, wie der ehemalige Kroatien-Söldner Michael Homeister fanden in der Region Unterkunft.

Udo Pastörs lebt seit einigen Jahren in der 5000-Einwohner-Stadt Lübtheen in der mecklenburgischen Elbtalaue. Der Juwelier und Uhrmacher galt als Drahtzieher im Hintergrund und Geldgeber, mit gutem Draht zum NPD-Vorsitzenden Udo Voigt. Ebenso wie sein Freund, der verurteilte Revisionist Erhard Kemper, der in Laupin lebt. Eine Zeit lang vermietete Pastörs Wohnungen in seinem Geschäftshaus in der Breitscheidstraße an Gleichgesinnte. Stefan Köster und Torgej Klingebiel bezogen dann eigene Häuser in der Gegend. NPD-Landeschef und Bundesgeschäftsführer Köster, kürzlich wegen Körperverletzung verurteilt, kandidiert auf Platz 4 der NPD-Landesliste.

Der zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl nominierte Pastörs gilt nicht gerade als Volkstribun. Aber der ehemalige Bundeswehroffizier ist vielseitig. Er stammt aus Wegberg in Nordrhein-Westfalen, diente bei der Bundeswehr in Varel und widmete sich nach seiner Entlassung dem internationalen Juwelenhandel. Das Ehepaar Pastörs bewohnt ein weitläufiges Parkgelände in Briest bei Lübtheen. Der Neubau wurde von Börm-Bau aus Handorf bei Lüneburg durchgeführt, berichten Anwohner. Pastörs eigene Firma Orbis-Edelmetall wird inzwischen von seinem Schwager in Bad Zwischenahn geleitet. Zeitweilig gründete Pastörs gemeinsam mit Schlossbesitzer Steinbeck eine Baufirma. Zum NPD-Vorstandsmitglied und Bauunternehmer Manfred Börm aus Lüneburg bestanden Geschäftsbeziehungen, Börm versuchte sogar, ein Gewerbegelände in Lübtheen zu erwerben.

Hände schütteln für den nationalen Widerstand

Pastörs kann auf eine breite Basis in seiner neuen Heimat zurückgreifen. Er trifft sich beim Mittelstandsunternehmer-Stammtisch mit Männern wie Tischlermeister Dirk Detels. Mittags geht der ortsansässige Juwelier entweder ins „Deutsche Haus" oder in einer anderen Gaststätte in Lübtheen essen, um gesehen zu werden. Immer in der Rolle des pflichtbewussten Biedermannes, schlendert der NPD-Spitzenkandidat beim Frisör vorbei und hebt schon mal den Müll vor dem Schaufenster auf. Er schüttelt Hände und wirbt für den nationalen Widerstand. Abends sieht man ihn auch mal dort, wo die rechte Jugend verkehrt, im „Bistro". Der ehemalige Wachschutz-Unternehmer und Türsteher Mario Baldauf führt den Laden, zu seinen Besuchern zählen die Jungs aus dem „Kraftsportverein Lübtheen". Gemeinsam haben sie die NPD-Veranstaltung am 18. Juni besucht. Neben lokal bekannten Szene-Glatzen ist auch Pastörs Schwiegersohn Mitglied.

Über 100 Lübtheener scheuen sich nicht, die NPD-Feier auf dem Lindenplatz zu besuchen, während ein paar Straßen weiter eine Gegendemonstration stattfindet. Unter den NPD-

Interessenten ist die Taxi-Unternehmerin, der ehemalige Bürgermeister oder die Bundeswehr-Sekretärin. Auch der Sprecher der örtlichen Bürgerinitiative „Braunkohle Nein!“, Andreas Vones und das BI-Gründungsmitglied Michael Ohlrogge mischen sich unter das NPD-Volk. Malermeister Klingebiel und Zimmermann Theißen haben eine Hüpfburg und einen „Hau-den-Lukas“ für die Kleinen aufgebaut.

Andreas Theißen, NPD-Kreisvorsitzender in Ludwigslust, lebt mit Frau und fünf Kindern in Langenheide bei Lübtheen. Spaziergänger haben sich über die Zeltlager auf dem Gelände der Theißens in den letzten Jahren gewundert. „Da kommen schon mal 20 bis 30 Autos aus dem ganzen Bundesgebiet“, erzählt eine Augenzeugin, „Theißens Kinder zeigten meinen Kindern mal einen Platz und sagten: Hier kämpft mein Papa immer!“, berichtet eine andere Anwohnerin. Pfingsten fuhr der rothaarige Theißen mit seinen Kindern nach Würzburg, wieder in „so ein Lager“. Kenner der Szene rechnen Birkhild und Andreas Theißen dem Umfeld der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) zu.

Im HDJ-Lager werden die Kinder gedrillt

Diese Nachfolgeorganisation der verbotenen Wiking-Jugend übernimmt innerhalb der Neonazi-Szene immer mehr die „ideologische und körperliche Jugenderziehung“. Mit Schlagworten wie „Kameradschaft, Ordnung, Disziplin“ und „Kampfgeist wecken“ sollen in Lagern bis zu 200 Kinder ab sieben Jahre gedrillt werden. „Körperertüchtigung“ ist angesagt, aber auch strammstehen in Uniform. „Die Heimattreue Deutsche Jugend macht sehr gute Jugendarbeit, kann ich Eltern nur empfehlen“, lobt Udo Pastörs. „Wer etwas auf sich hält, schickt seine Kinder in die HDJ-Lager“, erzählt eine Aussteigerin, „es gibt kaum rechtsextreme Familien, deren Kinder noch nicht dabei waren“. Die Jugendlager fanden unbemerkt von der Öffentlichkeit, so am 24. bis 25. Juni 2005 „an der Weser nahe Rinteln“ statt. Zum Volktanz lud die HDJ Anfang Juli nach Demmin, mit dabei waren nach eigenen Angaben der Landtagskandidat Tino Müller aus Ueckermünde, der ostvorpommersche Kreistagsabgeordnete Mario Kannenberg und Lutz Giesen aus Greifswald.

Die Frauen der NPD-Aktivisten betreiben auch eine Frauengruppe in Ludwigslust. Runhild Köster wirbt öffentlich mit dem T-Shirt der „Gemeinschaft Deutscher Frauen“. Birkhild Theißen stammt aus der Familie des NS-Antiquariat-Betreibers Uwe Berg in Toppenstedt. Der gehörte lange Jahre zum engeren Umfeld von Jürgen Rieger und seiner rassistischen „Artgemeinschaft“.

Umso verwunderlicher, wenn es in Lübtheen niemanden stört, dass die Frau des NPD-Kreisvorsitzenden Theißen Elternratsvorsitzende der Klasse 3 A an der Grundschule ist. Nebenher führt die gelernte Erzieherin noch eine private Kindergartengruppe in Garlitz. Allein die Familien der Neonazis sind kinderreich. Andreas Theißens Versuch, Übungsleiter beim Lübtheener Sportverein Concordia zu werden, konnte gerade noch abgewendet werden. Vorstandsmitglieder nahmen Anstoß am „germanischen Kegeln“ der Elternclique Köster, Theißen und Klingebiel beim Sportfest.

„Die haben sich hier seit Jahren im Untergrund breitgemacht“, warnt Lübtheens Bürgermeisterin Ute Lindenau. Hätte es Warnungen aus Schwerin gegeben, dann hätten vielleicht einige Hauskäufe verhindert werden können. Die engagierte Kämpferin schart eine kleine Gruppe von Aufrechten in einem „Arbeitskreis gegen Rechts“ um sich. Dafür gerät sie zunehmend ins Visier von Pastörs und Co. Böse Briefe treffen im Rathaus ein und es hat einen Farbanschlag auf ihr Haus gegeben. „Herr Pastörs sagt auch immer, er archiviert alles“, erzählte sie dem NDR-Magazin „panorama“. „wenn er an die Macht kommt, sind wir die ersten, die verschwinden, das ist doch klar“.

Aber jetzt ist Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern. In Lübtheen erhielt die NPD bei der Bundestagswahl 8,8 Prozent. „7 Prozent plus“ heißt die Wahlkampfparole von Pastörs und Köster. Dafür putzen sie sich als Saubermänner heraus. Keine Spur von Aggression und Gewalt soll an der Oberfläche zu erkennen sein. „Hier wächst eine Kernmannschaft der nationalen Bewegung, der nationalen Opposition zusammen mit den Menschen, die hier leben“, prahlte Pastörs gegenüber „panorama“. Die örtliche Glatzenszene von Lübtheen wird derweil zur Ruhe verdonnert. Niemand spricht gern vom Szenetreffpunkt fernab „bei den Garagen“. Dort trinken die Glatzen nachts und feiern. Ein Ort, an den sich abends kaum ein Lübtheener traut.

Andrea Röpke

Aus für Neonazi-Truppe

Der „Schutzbund Deutschland“ wurde verboten.

Das brandenburgische Innenministerium hat am 4. Juli die neonazistische Vereinigung „Schutzbund Deutschland“ verboten. Die Verbotswirkung wurde 13 Personen in Berlin, Pritzwalk, Cumlosen, Wittstock, Wittenberge, Neustadt/Dosse, Neuruppin, Belzig, Potsdam und Halle/Saale zugestellt. Bei der Durchsuchung von 13 Objekten beschlagnahmte die Polizei umfangreiche NS-Propaganda, darunter 10 000 Flyer, Plakate und Aufkleber. Entdeckt wurde ebenso Material der im Jahr 2000 verbotenen Gruppierung „Blood&Honour“. Die Beamten hoben auch die hochprofessionelle Druckerei des „Schutzbundes“ in Alt-Krüssow, einem Ortsteil von Pritzwalk, aus. Mieter war der in Cumlosen ansässige Landwirt Mario Schulz (Jg. 1966), Kopf der Neonazi-Truppe, zuvor NPD-Chef von Berlin-Brandenburg. Schulz zog als NPD-Kandidat 2003 in den Prignitzer Kreistag ein, verließ dann die Partei, da sie ihm nicht mehr völkisch genug erschien. Mit Gleichgesinnten gründete er Anfang 2004 die „Bewegung Neue Ordnung“. Daraus entstand zur Jahreswende 2004/2005 der „Schutzbund Deutschland“. Zur Landtagswahl 2004 hatte Schulz die Liste „Ja zu Brandenburg“ ins Leben gerufen, die 0,4 Prozent der Stimmen erhielt.

Im Vorfeld der Fußball-WM verbreitete der „Schutzbund“ in Brandenburg und per Internet ein verunglimpfendes Flugblatt gegen den in Ghana geborenen deutschen Nationalspieler Gerald Asamoah: „Nein Gerald, Du bist nicht Deutschland. Du bist BRD!“. Gerichts- und Anwaltskosten zwangen die Neonazis im Juni zu einem Spendenappell an die braune Szene. Inhaber des Spendenkontos bei der Dresdner Bank war der Landwirt Lutz Meyer aus Alt Krüssow.

Als Nachfolgeorganisation steht die „Deutsche Jugend“ (DJ) parat. Deren Postfachadresse ist mit der des „Schutzbundes Deutschland“ identisch. Das Sprachrohr der DJ trägt den Titel „Ein junges Volk“. In der aktuellen Ausgabe heißt es, Deutschland werde auf den „Trümmern des BRD-Systems“ aufgebaut. Einer der Köpfe der DJ ist Christof Schmidt (Jg. 1984; Wittenberge), zugleich Inhaber der Domain www.jugendverlag.de.

Anton Maegerle

Neue Strukturen

Die Jungen Nationaldemokraten in NRW starten Wiederbelebungsversuche.

Der NRW-Verfassungsschutz konnte sich in seinem Bericht für 2005 kurz fassen. Hatte er bisher der NPD-Nachwuchstruppe JN noch eigene Kapitel gewidmet, reichte diesmal ein kurzer Absatz. Die JN entfalte „kaum noch eigene politische Aktivitäten“ und sei in NRW nur noch mit der Homepage ihres Vorstands präsent, notierten die Verfassungsschützer.

Doch jetzt entwickeln sich Ansätze, die Arbeit der JN wiederzubeleben. Daran beteiligt sind junge Neonazis aus Bocholt und Gladbeck. „Seit Monaten kann man den Verfall der JN in NRW sehen“, klagt der Bocholter NPD-Nachwuchs. Von „Auflösungserscheinungen“ schreiben die Gladbecker. Der letzte Rundbrief des Vorstands datiert vom 19. März 2005. Der vormalige JN-Landeschef Nico Wedding verließ die Partei.

Außer in Bocholt und Gladbeck sollen auch in Witten und Köln wieder Stützpunkte aufgebaut werden. Die NRW-JN solle „grundlegend neu strukturiert und aufgebaut“ werden, fordern die Gladbecker. Sie machen in Aktivismus. Zum „Schutz“ eines NPD-Infostands in Gelsenkirchen Ende Mai reisten sie an, ebenso zur NPD-Demo dort im Juni. Daheim in Gladbeck haben sie sich vorgenommen, alle Schulen mit „Aufklärungsflyern“ einzudecken. Die Bocholter JNler planen Schulungen, Kameradschaftsabende, Reisen und „nationale Feiern!. Am 1. Juli zog es sie zu einer Demonstration ins Ausland. In Den Haag nahmen sie an einem Mini-Aufmarsch der neonazistischen Nederlandse Volks-Unie (NVU) teil.

Ob das reicht, um die JN in NRW wieder ans Laufen zu bringen, darf bezweifelt werden. Auch die NPD befindet sich dort personell, organisatorisch und strategisch in einem desolaten Zustand. Nicht ganz unzutreffend bescheinigte ihr ein Neonazi vor wenigen Tagen in einem einschlägigen Forum „politische Inkompetenz, fehlende Struktur, Machtgehabe/spielchen, uneffizienten Aktionismus, mangelnde Dynamik, Intrigen, Spaltungen und so weiter und so fort“.

Tomas Sager

Unerwünschter „Stützpunkt"

Dem Vorhaben der Jungen Nationaldemokraten sich in Oberbayern auszubreiten, setzt die Bevölkerung deutlichen Widerstand entgegen.

Die Jungen Nationaldemokraten (JN) wollen im bayerischen Oberland Fuß fassen. Vor kurzem wurde in der Marktgemeinde Murnau (Landkreis Garmisch-Partenkirchen) ein „Stützpunkt" aus der Taufe gehoben, der nunmehr vierte im Freistaat Bayern. Eigentlich war die Gründung im Raum Miesbach geplant gewesen, doch die Öffentlichkeit bekam Wind von den Aktivitäten und protestierte, worauf die jungen Neonazis nach Murnau auswichen. Doch auch am Staffelsee will man sich die braunen Aktivitäten nicht bieten lassen. Ein „Bündnis gegen Rechts" hat bereits eine Demonstration auf die Beine gestellt. Rund 500 Menschen nahmen daran teil.

„Stützpunktleiter" Matthias Polt, ein polizeibekannter Rechtsextremist, betreibt in Murnau ein Geschäft, in dem Szeneklamotten, Bücher, Fahnen und Schmuck feilgeboten werden. Ferner werden Musik-CDs mit rechtsextremen Inhalten verkauft, auch über die Internetseite „sturmversand24.de". Als Reaktion auf die erwähnte Demonstration organisierten die JNler eine „Mahnwache" vor dem Murnauer Rathaus. Anwesend war der Lokalpresse zufolge auch der bayerische JN-Landesvorsitzende Norman Bordin. Auf einem von Gegnern mitgebrachten Schild war zu lesen: „Herr, lass mehr Hirn über diese braunen Köpfe regnen". Eine weitere Mahnwache fand am selben Tag in Weilheim statt.

Auf der Homepage des JN-Bundesvorstands wurde die „Infostandoffensive" bejubelt: „Ein erfolgreicher Tag für die Deutsche Jugend." Gerade die Landkreise müssten „vermehrt Ziel unserer politischen Agitation sein", hieß es dort. Eine für den 24. Juni von Philipp Hasselbach angemeldete Kundgebung, auf der man sich in Murnau „gegen Kriminalisierung und Gesinnungsterror" zur Wehr setzen wollte, wurde freilich abgeblasen.

Den derzeitigen Aktivitäten der JN gingen im vorigen Jahr Bemühungen voraus, einen NPD-Kreisverband ins Leben zu rufen. Einen solchen gibt es bis heute allerdings nicht. Ende 2004 ging in Eschenlohe ein Treffen über die Bühne, auf der der inzwischen verstorbene Franz Schönhuber, der sächsische NPD-Fraktionschef und Bundesvize Holger Apfel sowie Alfred Mechtersheimer referierten. Organisiert hat diese Veranstaltung des Politischen Arbeitskreises Oberland Wolf Lehner aus Ohlstadt, Vorstandsmitglied der Gesellschaft für freie Publizistik. Im gleichen Jahr wurde in Murnau auch ein Vortrag mit dem einschlägig bekannten Publizisten Claus Nordbruch ausgerichtet.

Damit nicht genug: Im nahen Kochel hatte die Skinhead-Gruppierung „Division Oberland" 2005 ein Konzert organisiert. Die Polizei schritt jedoch ein und verhinderte den Auftritt. Die Besucher waren Medienberichten zufolge teilweise aus Baden-Württemberg und der Schweiz angereist. Ein 22-jähriger Schongauer, der in der „Division Oberland" eine führende Rolle innehaben soll, bekam es kürzlich mit der Justiz zu tun. Wegen Volksverhetzung, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und gefährlicher Körperverletzung wurde er zu neun Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe verurteilt. Nach einem Bericht des „Weilheimer Tagblatts" hatte er eine Seite ins Internet gestellt, auf der der Holocaust geleugnet wurde. Außerdem hatte er anlässlich eines Streits einem Mann einen Zahn ausgeschlagen und die Nase gebrochen. Darüber hinaus soll der Angeklagte Seiten mit pornographischen Bildern von missbrauchten Kindern heruntergeladen haben. Dieser Punkt wurde allerdings nicht weiter verfolgt, da dem Mann nicht nachgewiesen werden konnte, dass er im Internet gezielt nach Kinder-Pornos gesucht hat.

Mit Protesten konfrontiert ist mittlerweile auch die Kameradschaft „Freikorps und Bund Oberland", die jedes Jahr im Mai in Schliersee ihr „Annaberg-Gedenken" abhält, Im Vorfeld des diesjährigen Treffens hat sich ein „Bündnis gegen rechtsextreme Umtriebe im Oberland" gebildet und eine Informationsveranstaltung abgehalten. Die Kameradschaft, die der Rosenheimer Jürgen Popp leitet, sieht sich in der Tradition des rechtsradikalen „Freikorps Oberland", das 1921 in Oberschlesien den Annaberg eroberte. Den Führern des paramilitärischen Verbands wurde damals mitgeteilt: „Entscheidend wird … aber werden, dass wir alles Undeutsche, alles Jüdische in der eigenen Brust, im eigenen Herzen ausmerzen werden."

Magnus Bosch

Konspiratives Happening

Gesinnungskameraden aus dem Ausland und szenebekannte Musiker werden auf dem Pressefest des Deutsche Stimme-Verlags erwartet.

An einem bislang nicht näher bezeichneten Ort in Sachsen will das NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ (DS) am 5. August sein diesjähriges „Pressefest“ veranstalten. Nähere Informationen zum Veranstaltungsort gehen den Interessenten mit der Zusendung der Eintrittskarten zu, heißt es in der Werbung des DS-Verlags. Als Redner sollen der Parteichef Udo Voigt, der sächsische NPD-Fraktionsvorsitzend, Holger Apfel sowie der Bremer DVU-Abgeordnete und stellvertretende DVU-Vorsitzende Siegfried Tittmann und Rechtsanwalt Jürgen Rieger auftreten.

Aus dem Ausland sind Dimitris Zafaropulos sowie Jose Fernando Cantalapiedra angekündigt: Zafaropulos ist Generalsekretär der im Jahr 2005 in Patriotische Allianz umbenannten griechischen Neonazi-Organisation Golden Dawn. Ende Januar dieses Jahres weilte eine NPD-Delegation auf Einladung der „Allianz“ in Griechenland. Beide Gruppen bekundeten bei diesem Treffen mehrfach, dass die Türkei nicht zu Europa gehöre. Cantalapiedra ist Parteivorsitzender der spanischen La Falange. Die Falangisten gehören wie die NPD der „European National Front“ (ENF), einem 2004 gegründeten Zusammenschluss mehrerer rechtsextremer Parteien und Organisationen in Europa, an. Im November 2005 hielt sich eine NPD-Abordnung in Madrid auf und nahm an den Gedenkfeierlichkeiten für die Faschisten Jose Antonio Primo de Rivera und Francisco Franco teil. Bei einer Veranstaltung der La Falange würdigte Voigt die Teilnahme von spanischen Freiwilligen beim „deutschen Feldzug gegen die das Abendland bedrohende Sowjetunion“.

Buchlesungen und Vorträge werden unter anderen die NS-Ikonen Hajo Herrmann und Herbert Schweiger halten. Herrmann, ehemals Jagd- und Kampfflieger des Zweiten Weltkrieges, der bereits zum ersten Vorauskommando im Spanischen Bürgerkrieg gehörte, noch bevor die Legion Condor ihre terroristischen Angriffe startete, war bis 1945 Inspekteur der deutschen Luftverteidigung. Zuletzt referierte Ritterkreuzträger Herrmann bei einer Veranstaltung der DVU. Der ehemalige Untersturmführer der Waffen-SS-Division „Leibstandarte Adolf Hitler“ Schweiger war Mitbegründer der 1988 wieder verbotenen Nationaldemokratischen Partei Österreichs. Schweiger, wegen NS-Wiederbetätigung mehrfach verurteilt und knasterfahren, ist heute erster stellvertretender Vorsitzender des NS-apologetischen Freundeskreises Ulrich von Hutten, eines Vereins des Blut-und-Boden-Flügels des Rechtsextremismus.

Auf dem Programm stehen ferner Beiträge des französischen Publizisten Guillaume Faye und des Neonazis Ralph Tegethoff. Faye ist Referent bei der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik und Buchautor der revisionistischen Verlagsgemeinschaft Grabert / Hohenrain. Tegethoff, vormals Spitzenfunktionär der Neonazi-Vereinigung FAP, kandidierte 2005 für die NPD bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Tegethoff ist Stammautor der „Deutschen Stimme“ und führt die „Freie Kameradschaft Sturm-Rhein Sieg“.

Wesentlicher Veranstaltungspunkt des DS-Pressefestes wird der musikalische Teil sein. Dieser wird unter anderem von den NPD-Barden Jörg Hähnel, stellvertretender NPD-Landesvorsitzender Berlin, Frank Rennicke, Ex-Mitglied der Wiking-Jugend und dem Ehepaar Annett und Michael Müller gestaltet. Die Müllers treten auch unter ihrem Projekttitel „Faktor Deutschland“ auf. Vorgesehen ist ein gemeinsamer Auftritt von „Stigger“ und „Sisco“. „Stigger“, Ex-Mitglied der legendären Szenekultband „Skrewdriver“, und „Sisco“, Mitglieder der der 1995 gegründeten englischen Szene-Band „Warlord“. „Stigger“ gehörte früher der legendären Szenekultband „Skrewdriver“ an. Als Duo „Stigger & Sisco“ spielten beide bereits im November 2000 in Niedersachsen auf. Nach Sachsen anreisen wird auch die niedersächsische Skinheadband „Agitator“ um Timo Schubert (Göttingen) Abgerundet wird das Kulturprogramm mit Volkstanz, einem Fanfarenzug, Fahnenschwingen und einem Kulturabend mit Gemeinschaftsgesang.

Beim 3. DS-Pressefest im August 2003 in der sächsischen Kleinstadt Meerane hatten sich rund 2 000 Teilnehmer eingefunden. Ein Jahr später feierten rund 5 000 Personen das so genannte „Pressefest“ der NPD im Landkreis Görlitz in Sachsen.

Anton Maegerle

Verfassungsschutz

Vernetzte Kameradschaften

Personeller Zuwachs für die Parteien und die „Freien" in Brandenburg.

Aus dem Verfassungsschutzbericht in Brandenburg geht hervor, dass neben dem personellen Zuwachs bei DVU und NPD die Neonazis weiterhin über übergreifende Netzwerke verfügen. In dem Bundesland gibt es zudem eine rege rechte Musikszene.

Insgesamt hat sich die Zahl der registrierten Rechtsextremisten 2005 von 1 290 im Jahr zuvor auf 1 385 erhöht. Die NPD verzeichnete einen Zuwachs von 130 auf 190 Mitglieder, die im Landtag mit sechs Mandatsträgern vertretene DVU von 230 auf 300. Die so genannten „Freien Kräfte" legten von 300 auf 350 zu. Subkulturell geprägte gewaltbereite Neonazis und Skinheads wurden zuletzt 350 nach 300 im Jahr davor gezählt. Durch Doppel- oder Mehrfachmitgliedschaften liegt die Additionszahl über den 1 385 beobachteten Vertretern der rechten Szene.

Trotz ihrer Landtagspräsenz ist die DVU in der Region nicht wahrzunehmen und in der Kommunalpolitik nicht präsent. Bei der NPD wird dagegen vorrangig daran gearbeitet, flächendeckend kommunale und regionale Strukturen zu schaffen. Über 50 200 Zweitstimmen und 3,2 Prozent der abgegebenen Stimmen bei der vergangenen Bundestagswahl sind unter anderem darauf zurückzuführen. Während die NPD bisher schon keine Hemmungen in der Zusammenarbeit mit Neonazis kannte, legte in Brandenburg auch die DVU ihre dementsprechende Zurückhaltung ab. Brisant war die Tatsache, dass der Sohn der DVU-Abgeordneten Liane Hesselbarth, Falko Hesselbarth, eine aktive Kraft bei der rund 20-köpfigen neonazistischen Alternative Nationale Strausberger Dart, Piercing und Tattoo-Offensive (ANSDAPO) darstellte, die im Juli 2005 vom Brandenburger Innenministerium wegen der Wesensnähe zum Nationalsozialismus verboten wurde. Ebenfalls verboten (April 2005) wurde die kameradschaftliche Organisation „Hauptvolk" mit ihrer Untergliederung „Sturm 27", die im Raum Premnitz/Rathenow und dem Westhavelland rund 60 Aktivisten zählte.

Örtliche Kameradschaften waren in Nauen, Rathenow, Guben, Spremberg, Lübben, Strausberg, Lübbenau, Potsdam und Cottbus zu beobachten. Darüber hinaus gab es größere in der Fläche agierende Zirkel, beinahe Netzwerke. Eines davon bildete der „Märkische Heimatschutz" (MHS) mit Gordon Reinholz aus Eberswalde an der Spitze. Immerhin 50 Personen scharten sich zuletzt um ihn. Der MHS ist verantwortlich für die „Mitteldeutsche Jugendzeitung", die 2005 damit auffiel, dass eine entsprechende eigenständige Schulausgabe der Periodika erstellt wurde. Aktiv agierten ferner der neonazistische „Schutzbund Deutschland" in und um Potsdam – er wurde vor wenigen Tagen vom Potsdamer Innenministerium verboten – dazu das „Nationale Bündnis Preußen" (Landkreise Barnim und Uckermark) sowie das „Lausitzer Aktionsbündnis" um Sebastian Richter. Letzteres vereinte die „Gesinnungsgemeinschaft Süd-Ost Brandenburg" (Lübben, Lübbenau, Cottbus), die „Lausitzer Aktionsfront Guben" sowie den „Sturm Cottbus", besaß laut Angaben des Verfassungsschutzes große Mobilisierungskraft und gab als Publikation den „Blickpunkt Lausitz" heraus.

2005 wurden acht Rechtsrock–Konzerte wahrgenommen, dazu vier Liedermacherabende. In der Namensliste des Berichtes tauchen folgende Brandenburger Bands auf, die zum Teil überregional Auftritte hatten: „Bloodshed" (vorher „Proissenheads"), „Burn Down", „Confident Of Victory" (vorher „Sturm und Drang"), „Frontalkraft", „Hope For The Weak" (HFTW), „Kontra", „Outlaw", „Resonanz", „Sawdust", „Schwarzgraue Wölfe", „Silence", „Volkstroi" und „Wolfskraft". Um der Szene zu begegnen, stellte das Innenministerium in 66 Fällen (DVDs, Videos, Tonträger, ein Buch) bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien Indizieranträge – so viel wie kein anderes Bundesland.

Einer der bundesweit bekanntesten Holocaust-Leugner ist ebenfalls in Brandenburg beheimatet: Horst Mahler. Er ist verankert im Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten (VRBHV), mischt beim Collegium Humanum mit und bei der Reichsbürgerbewegung. Dagegen ist sein Engagement für das Deutsche Kolleg erloschen.

Horst Freires

„Kein Aushängeschild“

In Sachsen-Anhalt hat sowohl die Zahl als auch die Brutalität der rechtsextremen Gewalttaten zugenommen.

Der neue SPD-Innenminister von Sachsen-Anhalt nimmt in dieser Frage kein Blatt vor den Mund. „Nein, der Verfassungsschutzbericht 2005 für Sachsen-Anhalt ist alles andere als ein Aushängeschild für unser Land“, sagte er. Zwar sei, so fügte er hinzu, nicht jede Gewalttat, die von regionalen und überregionalen Medien schnell dem rechtsextremem Spektrum zugeschrieben werde, tatsächlich dort einzuordnen. „Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sachsen-Anhalt – gemessen an der Zahl der Bevölkerung – im Vergleich aller Bundesländer die höchste Anzahl rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und neonazistischer Straf- und Gewalttaten zu verzeichnen hat.“

Tatsächlich hat sich im Jahr 2005 die Anzahl politisch motivierter Straftaten von rechts auf 1 130 (2004: 758) drastisch erhöht. Die Zahl extremistischer Straftaten ist auf 1 100 (2004: 741) angestiegen. Auch die politisch motiviertem Gewalttaten von rechts sind auf 116 (2004: 73) deutlich angestiegen, die rechtsextremistischen Gewalttaten betrugen 107 gegenüber 71 im Vorjahr. Insgesamt 136 Straftaten (2004: 115) ordnen die Verfassungsschützer einem fremdenfeindlichen Hintergrund zu, 74 (2004: 51) schätzen sie als antisemitisch ein.

Hövelmann kann und will nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gefahr des Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt mehr als ernst genommen werden muss. „Das Potenzial der gewaltbereiten Rechtsextremisten umfasste 2005 bundesweit etwa 10 700 Personen“, sagte er. Das seien etwa 400 mehr als im Vorjahr. „In Sachsen-Anhalt werden diesem Spektrum 650 Personen zugerechnet“, so Hövelmann. „Und das ist eine Steigerung von 50 Personen gegenüber 2004.“

Sorgen bereitet dem Minister nicht zuletzt die zunehmende Vernetzung organisierter Neonazis mit gewaltbereiten Skinheads. „Besorgt bin ich zudem über ein weiteres Phänomen“, so der Minister weiter. „Nicht nur die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten, sondern auch das Maß ihrer Brutalität hat in Sachsen-Anhalt deutlich zugenommen.“ Tatsächlich leiten die Justizbehörden im Zusammenhang mit rechten Gewalttaten zunehmend häufiger Ermittlungen wegen versuchten Mordes anstatt wegen Körperverletzung ein.

Besonders deutlich wird die Vernetzung parteiorganisierter Neonazis und den in so genannten Kameradschaften vereinten Skinheads im Raum Magdeburg. Zwar haben die „Freien Nationalisten Magdeburg“ ihre auch über Sachsen-Anhalt hinaus bedeutsame Internetseite „Festungsstadt.com“ inzwischen abgeschaltet. Zeitgleich gab es aber im Rahmen der vorgezogenen Bundestagswahl im vergangenen Jahr eine deutliche Annäherung an die NPD. Ziel dieser Annäherung war und ist die Bildung einer „Volksfront“ und damit die Bündelung rechter Kräfte, die den „Kampf um die Parlamente“ Erfolg versprechender machen soll.

Nach wie vor aktiv ist der „Selbstschutz Sachsen-Anhalt“ (SSSA) unter Führung des Salzwedeler Rechtsextremisten Mirko Appelt. Die Organisation betrachtet sich selbst als Teil der „Freien Nationalisten“ und tritt regelmäßig als Ordnertruppe bei rechtsextremen Aufmärschen auf. So etwa am 15. Januar 2005 in Magdeburg und am 13. Februar in Dresden. Zunehmend aber sichern Mitglieder von SSSA als Ordnergruppe auch Veranstaltungen ab, wie eine Kickbox-Veranstaltung am 6. Februar 2005 in den Magdeburger Messehallen. Einer der Sportler lief zur Musik eines Songs der rechtsextremen Band „Landser“ ein.

Bei der Bundestagswahl im September 2005 erreichte die NPD in Sachsen-Anhalt 2,5 Prozent der Stimmen und lag damit deutlich höher als im Bundsdurchschnitt (1,6 Prozent). Auch die Jungen Nationaldemokraten (JN) treten in Sachsen-Anhalt zunehmend offensiver auf. Gerade über die JN, die formell erst im August 2005 in Sachsen-Anhalt gegründet wurden, sucht die NPD den Schulterschluss mit den Freien Nationalisten. Offenbar eine Strategie, die erfolgreich ist. Die Zahl der NPD-Mitglieder stieg von rund 200 im Jahr 2004 auf 250 im Folgejahr deutlich an. Der NPD-Landesvorsitzende Andreas Karl erreichte bei der Bundestagswahl im September 2005 als Direktkandidat ein Erststimmenergebnis von 4,7 Prozent. Im Kreistag des Burgenlandkreises ist die NPD mit zwei Abgeordneten vertreten.

Eberhard Löblich

Seitenblick

„Deutsche Kunstausstellung“

NS-Künstler bei der Burschenschaft Danubia.

„Holzschnittmeister des 20. Jahrhunderts“ einer „außergewöhnliche(n) und oftmals als wahrhaft modernen Stil bezeichnete(n) Richtung“, so hatte es die Münchner Burschenschaft Danubia angekündigt, sollten vom 12. bis 18. Juni 2006 in ihrer Bogenhausener Villa gezeigt werden. Schon der Titel „Kleine deutsche Kunstausstellung“ für die Werkschau von Rudolf Warnecke, Ernst von Dombrowski und Georg Sluyterman von Langeweyde ist ein unverhohlenes NS-Zitat. In München, „Stadt der Deutschen Kunst“, fand von 1937 an achtmal die so genannte „Große Deutsche Kunstausstellung (GDK)“ statt, deren Künstlerauswahl von Adolf Hitler persönlich beaufsichtigt wurde.

Rudolf Warnecke (Jg. 1905) fertigte in der NS-Zeit Holzschnitte für Bücher mit Titeln wie „Volkwerdung der Deutschen“ (1939) oder „Lebensborn“ (1940). Der niederösterreichische Autor und Illustrator Ernst von Dombrowski war von 1938 bis 1945 Professor an der Akademie für angewandte Kunst in München. 1938 wurde er in dem Buch „Die Kunst im Dritten Reich“ von Hans Wühr gelobt: aus seinen Werken sprächen „Erfahrungen des völkischen Kämpfens und Leidens der Nationalsozialisten Österreichs“ und „die innigste Beteiligung an den Kämpfen, Zielen und Früchten der deutschen Wiedergeburt“. Der 1903 in Essen geborene Georg Sluyterman von Langeweyde trat 1928 der NSDAP bei, war SA-Mitglied und entwarf für die NS-Bewegung Plakate und Logos, schuf Hitler-Portraits und Wandmalereien für SA- und HJ-Heime. 1937 und 1939 war er auf der GDK vertreten. 1970 erhielt er den „Goldenen Ehrenring“ des Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes. Seine Bilder wie „Wehrmachtssoldat mit Granatwerfer“ wurden ab 1975 vom Verlag Uwe Berg (Toppenstedt) verbreitet, heute sind sie über Lars Käpplers „Weltnetzladen“ (Hohenberg) und den „Deutsche-Stimme-Versand“ (Riesa) erhältlich. 2001 hatten Sluyterman-Werke an den Wänden der Danubia schon für Empörung gesorgt und die Staatsanwaltschaft auf den Plan gerufen.

Robert Andreasch

Rezension

Den Boden bereitet

Warum gelang der NPD am 19. September 2004 in Sachsen seit 1968 erstmals wieder der Einzug in einen Landtag? Diese Frage stellt sich der Politologe Henrik Steglich in seiner Studie „Die NPD in Sachsen“. Es geht hier nicht um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für diesen Erfolg, sondern um die dafür ausschlaggebenden Strukturmerkmale auf Seiten der NPD. Ihnen geht der Autor in insgesamt neun Kapiteln nach: Einer allgemeinen Skizze der Partei und Erkenntnissen zur Wahl in Sachsen folgen eine Geschichte der NPD im Bundesland, eine Analyse des Sozialprofils ihres politischen Personals und eine Darstellung ihrer Bündnispartner und Unterstützer. Schließlich geht der Autor auf die regionale Verankerung der NPD und die Arbeit der Landtagsfraktion ein. Bilanzierend bemerkt Steglich: „Als Faktoren, die den Triumph der sächsischen NPD vorausgingen und ihn wesentlich bedingten, können im Ergebnis der Untersuchung genannt werden: die Geschichte des Landesverbandes, seine Stellung innerhalb des rechtsextremen Spektrums in Sachsen, seine soziale Binnenstruktur und die teilweise vorhandene regionale Verankerung der Partei mittels bürgernah und sympathisch auftretender Vertreter“ (S. 135).

Der Autor hat das relevante Material zusammengetragen und es in einem überzeugenden Analysekonzept bearbeitet. Dabei arbeitet er auch die Besonderheiten der Partei in der Region heraus. So bemerkt Steglich etwa: „Die Vertreter der NPD in der Sächsischen Schweiz müssen sich gar nicht um eine Annäherung an eine bürgerliche ‘Mitte der Gesellschaft’ kümmern, sie stellen diese letztlich selbst dar“ (S. 117). Steglich konzentriert sich allerdings durch seinen methodischen Ansatz nur auf die NPD und fragt nicht nach den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für den Wahlerfolg. Auch neigt er zu stark zu einer rein beschreibenden Darstellung. Aufmerksamkeit verdient der hohe Informationsgehalt der Studie.

Armin Pfahl-Traughber

Henrik Steglich, Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs. Vandenhoeck & Ruprecht-Verlag, Göttingen, 2005, 155 S., 16,80 EUR

Demokratische Initiativen

Ballarbeit

Mit einer Dokumentation rechter Vorfälle während der WM und einer Ausstellung setzen antirassistische Fußballinitiativen Akzente.

In diesen Tagen ist soviel von Fußball die Rede. In der Regel wurde dabei betont, dass die Weltmeisterschaft ein großes Fest sei und alle freundlich miteinander umgingen. Negative Nachrichten kamen allerhöchstens am Rande vor. Doch die Organisation „Football against Racism in Europe“ (FARE) korrigiert diesen Eindruck etwas. FARE hatte während der WM eine Hotline und eine E-Mail-Adresse eingerichtet, wo rassistische und rechtsextreme Vorfälle gemeldet werden konnten. Das Angebot wurde genutzt, so dass FARE Vorkommnisse dokumentierte, die in den Medien kaum erwähnt wurden. Dabei betont FARE-Aktivist Kurt Wächter, dass die WM im Großen und Ganzen ohne größere rechtsextreme Vorfälle über die Bühne gegangen sei. „Es gab vor der WM die schlimmsten Befürchtungen, dass Tausende Neonazis aus Osteuropa kommen. Dieses Szenario ist nicht eingetreten, deshalb war das kein Medienthema mehr.“, so Wächter. Trotzdem sei es falsch, rassistische Vorfälle gar nicht zu erwähnen. Bei den geschilderten Vorfällen handelte es sich überwiegend um das Zeigen rechter Symbole und um rassistische Stigmatisierung des gegnerischen Teams und der Fans.

Als Beispiele nennt FARE das Sprühen von Hakenkreuzen in Stadionnähe beim Spiel Italien gegen Ghana. Nach dem Spiel hätten mehrere italienische Fans ihre Arme zum faschistischen Gruß erhoben, während die Spieler aus Ghana mit einer aufgeblasenen Banane verhöhnt worden seien. Auch bei der Begegnung Ukraine gegen Saudi Arabien seien die saudischen Spieler von ukrainischen Fans mit Affengeräuschen verhöhnt worden. Nach Angaben von FARE haben sich an den Ausschreitungen zwischen Deutschen und Polen in Dortmund auf beiden Seiten Neonazis beteiligt. So habe es im deutschem Fanklub „Sieg-Heil“-Rufe gegeben und auch einige polnische Fans sollen Schals mit Keltenkreuzen und dem Totenkopf der Waffen-SS getragen haben.

Neben dieser Dokumentationsarbeit setzten die antirassistischen Fußballfreunde aber noch andere Akzente. Mit der Ausstellung „Ballarbeit“, die im Ethnologischen Museum in Berlin-Dahlem zu sehen ist, gelang es ihnen, einen ganz besonderen Aspekt in den Fokus zu rücken.

Im ersten Teil zeigt die Projektgruppe Flutlicht, die die Ausstellung konzipiert hat, welch großen Stellenwert der Fußball für die Integration der Arbeitsmigranten aus Italien, Spanien, Spanien und der Türkei in Westdeutschland hatte. Diesen multikulturellen Aspekt des Ballsports stellen die Ausstellungsmacher dem massiven Rassismus gegenüber, mit dem Kicker aus dem Ausland immer wieder zu kämpfen hatten. So mobilisierten Neonazis massiv gegen Spiele des von türkischen Migranten in West-Berlin der ersten Generation gegründeten Vereins „Türkiyemspor“. Auch farbige Spieler waren nicht nur immer wieder vielfältigen Angriffen rassistischer Fans ausgesetzt. Sie wurden auch zu Sündenböcken gemacht, wenn das Spiel nicht so gut lief.

Einen großen Stellenwert nimmt in der Ausstellung die Geschichte antirassistischer Fußballaktivitäten ein. Erst 1987 konnte sich die Gruppe „Leeds Fans gegen Rassismus und Faschismus“ etablieren. 1993 wurde großbritannienweit die Kampagne „Let’s Kick Racism out of Football“ (KIO) gegründet, die auch für andere Länder Pioniercharakter hatte. Seit Mitte der 90er Jahre finden im italienischen Bologna jährlich die antirassistischen Weltspiele statt, bei denen Spiel und Protest kombiniert werden. Ausführlich wird das kontinentale Netzwerk „Football against Racism in Europe“ (FARE) vorgestellt, in dem neben Initiativen aus Großbritannien, Italien, Österreich auch Gruppen aus Polen und der Slowakei mitarbeiten.

Die Ausstellung endet mit einigen exemplarischen Biographien. So ist unter „Kicker“-Lesern sicher wenig bekannt, dass der jüdische Gründer des beliebten Fußballmagazins, Walter Bensemann, schon in den 20er Jahren mit den deutschnationalen Fußballverantwortlichen in Konflikt geraten und 1934 verarmt in der Schweiz gestorben ist. *Peter Nowak*

Ballarbeit. Szenen aus Fußball und Migration, noch bis 27. August im Ethnologischen Museum in Berlin-Dahlem; www.flutlicht.org

Meldungen

Aktionstag in Ostwestfalen

Bielefeld – Neonazis aus NRW und Niedersachsen planen für den 16. September gleich drei Demonstrationen in Ostwestfalen. Unter dem Motto „Gegen Rentenklau und Sozialabbau – für einen Nationalen Sozialismus“ wollen sie vormittags zunächst in Bielefeld auf die Straße gehen. Mittags sollen Aufmärsche in Gütersloh und Minden folgen. Während für die Demos in Bielefeld allgemein „freie regionale Kräfte“ als Anmelder angegeben werden, tritt in Minden die „Nationale Offensive Schaumburg“ als Anmelder auf. Zuletzt hatte es in der Region am 25. März eine Demonstration mit rund 150 Teilnehmern gegeben, die von der Gütersloher Kameradschaft organisiert worden war. (ts)

NPD ohne Bankverbindung

Stralsund – Der NPD Mecklenburg-Vorpommern sowie dem NPD-Kreisverband Stralsund wurden von der Sparkasse Vorpommern die Kontoverbindungen gekündigt. Damit folgt das Geldinstitut jetzt dem Schritt der Ostseesparkasse in Rostock. Die Nationaldemokraten teilten über ihren Landesvorsitzenden Stefan Köster mit, dass sie rechtliche Schritte prüfen würden. Ferner wolle man das Thema im Kreistag von Vorpommern sowie in der Bürgerschaft von Stralsund – in beiden kommunalen Parlamenten ist die NPD vertreten – zur Sprache bringen. (hf)

Führender US-Neonazi vor Gericht

Utah (Salt Lake City) – Die amerikanische Bundespolizei hat drei Mitglieder der Neonazi-Organisation National Alliance (NA) festgenommen, unter denen sich neben zwei Aktivisten aus Utah auch der NA-Vorsitzende Shaun A. Walker befindet. Gegen alle drei liegen Haftbefehle vor, die auf Vorfälle zwischen Dezember 2002 und März 2003 in Salt Lake City zurückgehen. In der offiziellen Anklageschrift wird ihnen vorgeworfen, Aktionen zur systematischen Bedrohung, Einschüchterung und Provokation von Minderheiten geplant und vorbereitet zu haben. Darüber hinaus soll das Trio im gleichen Zeitraum in verschiedenen Bars aus rassistischer Motivation einen mexikanisch-stämmigen Amerikaner und einen Indianer angegriffen haben. Eine Verurteilung Walkers – die mögliche Höchststrafe beträgt zehn Jahre – wäre ein weiterer Rückschlag für die krisengeschüttelte NA. Der 38-jährige Ex-Marine hatte den Vorsitz erst vor einem Jahr von Erich Gliebe übernommen. (mf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de